

*Arbeitsgemeinschaft der katholischen Sozialethiker*innen des deutschsprachigen Raums*

Call for Papers

zum Thema

Kritik der Identitätspolitik

Berliner Werkstattgespräch der deutschsprachigen Sozialethiker*innen

17.-19. Februar 2020 | Katholische Akademie Berlin

Die Politisierung der (kollektiven) Identitäten hat eine zwar relativ kurze, aber außergewöhnlich wechselhafte Ideengeschichte. Als Gegenbewegung zum liberalen Universalismus der Aufklärung wurde im späten 18. Jahrhundert die Vorstellung entwickelt, dass Volksgemeinschaften und kulturelle Gruppen jeweils durch ein gemeinsames Selbstverständnis geeint und dadurch voneinander getrennt sind. Nicht die abstrakte Vorstellung einer universellen „Gleichheit der Menschen“ prägt demnach die menschliche Selbstreflexion, sondern die jeweilige kulturelle oder nationale Eigenart. Im Zuge der Herausbildung von Nationalstaaten konnte sich ein Distinktionssystem nationaler Identitäten entwickeln; auch völkische und rassistische Vorstellungen haben eine Wurzel in der Idee einer solchen kollektiven Identität, die Völker, Nationen und ethnische Gruppen („Rassen“) voneinander unterscheidet und trennt. Seit den 1970er Jahren konnten sich emanzipatorische Identitätspolitiken etablieren. Diese zielten in der Regel zwar auf die Aufhebung rechtlicher, gesellschaftlicher und sozio-ökonomischer Diskriminierung von Minderheiten. Sie rekurrten dabei aber häufig auch auf die Vorstellung kollektiver Identitäten dieser Minderheiten, reklamierten zumindest spezifische Erfahrungshorizonte als gegenüber anderen Gruppenidentitäten abgrenzbare kulturelle Räume, was beispielsweise in einer Aversion gegen „kulturelle Aneignung“ zum Ausdruck kommt. In der Gegenwart wendet sich nun eine wiederum an nationale und völkische Motive anschließende „rechte“ Identitätspolitik gegen diese „linke“ Identitätspolitik, gewissermaßen als Identitätspolitik der gesellschaftlichen Mehrheit gegen die Identitätspolitik der Minderheiten. Diese Politik der identitären Mehrheit formiert sich erneut mit völkischen, nationalen oder kulturellen („christliches Abendland“) Motiven als Front gegen jene (Politik der) Minderheiten, die als Bedrohung der eigentlichen, hergebrachten Identität identifiziert werden. Diese Identitätspolitik von rechts zeigt Wirkung – auch in den deutschsprachigen Ländern. In Deutschland und in der Schweiz beeinflusst sie die politische Meinungsbildung, in Österreich prägt sie bereits maßgeblich die (Regierungs-)Politik. Darüber gerinnt sie in der kulturellen, aber auch in der strukturellen Ordnung; die rechtspopulistische Identitätspolitik erschafft selbst Stück für Stück die sortierte und exkludierende Gesellschaft, von der sie spricht und die sie kritisiert. Für das Christentum, auch für die christlichen Kirchen ist diese Form der Identitätspolitik eine Versuchung, wenn es denn gelingt, sich in die von rechts behauptete kollektive Identität „einzuschreiben“ und so für die identitär formierte Mehrheit unverzichtbar zu machen. Besondere Brisanz gewinnt dies in politischen Kontexten, in denen sich nationale mit religiösen Identitätsansprüchen komplex verschränken, wie etwa in einigen Regionen Mittel-Ost-Europas.

Wenn Mehrheiten ihre kollektive Identität gegen Minderheiten behaupten und ihre Rechte und Privilegien im Namen ihrer Identität verteidigen, dann werden auf dem Wege kollektiver Identitätskonstruktionen Exklusionen und Diskriminierungen betrieben. Diese Form der Politik ist de-

struktiv für demokratische Auseinandersetzungen. Zugleich drücken sich in dieser Art Politik gesellschaftliche Problemlagen und Verwerfungen aus, nicht zuletzt das Scheitern der neoliberalen, auf „Eigenverantwortung“ und Wettbewerb setzende Gesellschaftsreform. Vor diesem Hintergrund nimmt sich das Berliner Werkstattgespräch der katholischen Sozialethiker*innen 2019 die Kritik der rechten Identitätspolitik und der darin projizierten Gesellschaftsordnung vor. Dabei wird auch im Hinblick auf die Rolle der theologischen Sozialethik selbst die Frage gestellt, ob und wie sie sich der Kollektivierung von Identitäten und der sortierenden Ordnung von Gesellschaften widersetzt bzw. widersetzen kann.

*Mit diesem Call for Papers werden Nachwuchswissenschaftler*innen der theologisch-ethischen (und benachbarter) Disziplinen eingeladen, sich mit einem Referat am Berliner Werkstattgespräch 2020 zu beteiligen. Das Werkstattgespräch bietet einen besonders geeigneten Rahmen für eine ebenso wohlwollende wie kritische Auseinandersetzung mit Beiträgen zur Kritik der Identitätspolitik. Insbesondere können Dissertations- und Habilitationsarbeiten aus dem oben skizzierten Themenbereich vorgestellt werden, aber selbstverständlich auch Forschungsergebnisse und weiterführende Überlegungen, die nicht mit solchen Qualifikationsarbeiten in Zusammenhang stehen.*

Beispiele für geeignete Themen

- Struktur und Strategien der Argumentation von Identitätspolitiken
- individuelle und kollektive Identitäten; Begriff der „kollektiven Identität“
- Vergleich unterschiedlicher Formen einer Politik kollektiver Identität, etwa einer „linken“ Minderheitenpolitik mit einer „rechten“ Politik der kulturellen Mehrheit
- identitätspolitische Gehalte in Rechtsextremismus und Rechtspopulismus
- politischer und gesellschaftlicher Einfluss der Identitätspolitik
- religiöse Aspekte in Identitätspolitiken und identitätspolitische Aspekte in Religionsgemeinschaften
- christliche Kirchen und Identitätspolitik: Affinität oder Opposition?
- Identitätspolitik in verschiedenen nationalstaatlichen Kontexten (Länderstudien)

Das Werkstattgespräch findet vom 17. bis 19. Februar 2020 in der Katholischen Akademie Berlin statt. Die Tagungssprache ist die deutsch. Interessierte senden bitte bis zum **30. Juni 2019** ein kurzes Motivationsschreiben (mit Angaben über den wissenschaftlichen Erfahrungshintergrund und ggf. zu einschlägigen Vorarbeiten) und eine knappe Skizze des geplanten Referats (max. je eine Seite) an christian.spiess@ku-linz.at (Rückfragen ggf. gerne). Das Vorbereitungsteam des Werkstattgesprächs (s.u.) wird nach Maßgabe (a) der erkennbaren einschlägigen Expertise der einreichenden Nachwuchswissenschaftler*innen sowie (b) der Relevanz und (c) der Kohärenz im Hinblick auf das oben skizzierte Tagungsthema die eingereichten Papers sichten und Referent*innen einladen. Eine entsprechende Mitteilung erfolgt bis Ende Juli 2019.

Vorbereitungsteam des Berliner Werkstattgesprächs 2020:

Michelle Becka (Universität Würzburg)

Johannes Frühbauer (FEST / Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft Heidelberg)

Matthias Möhring-Hesse (Universität Tübingen)

Christian Spieß (Kath. Universität Linz)

Katja Winkler (Universität Tübingen)